

Verbot von Genmais entzweit Union

*Bundesagrarinisterin Aigner untersagt Aussaat der umstrittenen Sorte Mon 810
Forschungsministerin Schavan fürchtet um Hightech-Strategie / Umweltschützer zufrieden*

VON GEROLD BÜCHNER

BERLIN. Bundesagrarinisterin Ilse Aigner (CSU) hat mit ihrem Verbot der Genmais-Sorte Mon 810 in Deutschland einen scharfen Konflikt mit der Schwesterpartei CDU und innerhalb der Regierung ausgelöst. Ihre Entscheidung, den Anbau und Verkauf der einzigen bisher zugelassenen Gen-Pflanze sofort zu untersagen, stieß auf scharfe Kritik von Forschungsministerin Annette Schavan (CDU). Forschung für die sogenannte grüne Gentechnik sei „Teil der Hightech-Strategie der Bundesregierung“, erklärte Schavan.

Auch CDU-Experten im Bundestag warnten davor, eine Zukunftstechnologie zu verhindern und Arbeitsplätze zu gefährden. Die FDP-Fraktion warf Aigner eine Fehlentscheidung aus populistischen Gründen vor. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist vor allem in Bayern sehr unbeliebt, weshalb sich die CSU inzwischen auf ein Nein festgelegt hat. Parteichef Horst Seeho-

fer begrüßte denn auch das Verbot.

Zustimmung kam von den Grünen, der SPD und der Linkspartei, von Umweltschutzverbänden und dem Deutschen Bauernverband. Die EU, die Mon 810 vor elf Jahren zugelassen hatte, müsse nun den Mitgliedstaaten und Regionen freie Hand lassen, forderte SPD-Praktionsvize Ulrich Kelber. Brüssel behält sich allerdings einen Einspruch gegen den Beschluss Berlins vor. Die Grünen-Fraktionschefin Renate Künast, früher selbst Agrarministerin, sagte, Genmais habe wegen der mangelnden Akzeptanz keine Zukunft.

Aigner betonte indes, das Verbot von Mon 810 sei keine Grundsatzentscheidung gegen die grüne Gentechnik. Sie habe rasch entscheiden müssen, weil die Bauern vor der Aussaat stünden. Jedoch

habe sie alle nötigen Unterlagen für eine Bewertung erst kurz vor Ostern bekommen. Ihre Prüfung habe „berechtigten Grund zu der Annahme“ ergeben, dass die Mais-Sorte der US-Firma Monsanto „eine Gefahr für die Umwelt darstellt“. Aigner berief sich dabei auf Studien über die Wirkungen der Genmanipulation auf andere Organismen als Mais-schädlinge. Die Ministerin will die Risiken für Menschen, Tiere und Umwelt durch genmanipulierte Pflanzen weiter erforschen lassen. Ihre Entscheidung sei nicht politisch motiviert, sondern rein fachlich, unterstrich Aigner.

Dies ist aus rechtlichen Gründen wichtig, denn Monsanto hat gegen ein Verbot von Mon 810 in Frankreich geklagt und erwägt einen solchen Schritt nun in Deutschland. Auch die Industrievereinigung Biotechnologie kritisierte Aigners Entscheidung, die einen herben Rückschlag für die Branche darstelle.